

25.01.2011

Neudruck

Antrag

der Fraktion der CDU

Schutz der Senne durch Dialog sicherstellen

I.

Die jahrzehntelange Sperrung großer Teile der im Regierungsbezirk Detmold gelegenen Senne auf Grund ihrer Nutzung durch die britischen und deutschen Streitkräfte hat zu einer einzigartigen Artenvielfalt geführt. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Naturschutz und militärische Nutzung zeitgleich möglich sind.

Durch die im Frühjahr 2009 von der damaligen Landesregierung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Grundstückseigentümerin der militärisch genutzten Flächen und mit den britischen Streitkräften in Deutschland geschlossenen "Rahmenvereinbarung über den Schutz von Natur und Landschaft auf den von den britischen Streitkräften militärisch genutzten Flächen des Bundes in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Natura-2000-Programms" konnte die gleichzeitige Sicherstellung der militärischen Nutzung des Geländes und des Naturschutzes erreicht werden. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Interessen der militärischen Nutzung mit den Interessen des Schutzes aufgrund von „Natura 2000“ im größtmöglichen Umfang einvernehmlich und auf Dauer zum Ausgleich gebracht werden können.

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, die Einrichtung eines „Nationalparks Senne-Egge/Teutoburger Wald“ voranzutreiben.

Die Diskussion über die Einrichtung eines Nationalparks in der Region ist nicht neu. Neben der fachlichen Eignung als Grundlage für die Einrichtung eines Nationalparks war zusätzlich als Grundvoraussetzung aller Überlegungen in der Region stets klar, dass jegliche Änderung des naturschutzrechtlichen Status nur dann eine Chance auf Realisierung und breite Akzeptanz hat, wenn ein regionaler Konsens aller Betroffenen sichergestellt werden kann. Diese regionale Einigkeit ist nicht erkennbar.

Das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat im Oktober 2005 entschieden,

Datum des Originals: 25.01.2011/Ausgegeben: 26.01.2011 (25.01.2011)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Planungen zur Ausweisung der Senne als Nationalpark bei gleichzeitiger militärischer Nutzung nicht weiter zu verfolgen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die derzeitigen Planspiele der Landesregierung wenig hilfreich. Wie Medien zu entnehmen war, soll unabhängig von den Entwicklungen in der Senne schon jetzt die Realisierung eines kleineren Nationalparks auf lippischem Gebiet vorangetrieben werden. Dabei sollen den derzeitigen Flächeneigentümern seitens des Landes „wertgleiche Ausgleichsflächen“ im Teutoburger Wald oder dem Eggegebirge angeboten werden.

II. Der Landtag stellt fest:

Nach wie vor ist nicht absehbar, zu welchem Zeitpunkt ein Abzug der britischen Streitkräfte aus Deutschland und damit auch aus Ostwestfalen-Lippe erfolgen wird. Ebenso gibt es keine Hinweise darauf, dass die Bundeswehr den Truppenübungsplatz nicht weiter zu Übungszwecken nutzen möchte.

Vor diesem Hintergrund sowie im Hinblick auf die in der 14. Wahlperiode erzielte Vereinbarung über einen FFH-gleichen Natur- und Artenschutz bei gleichzeitig laufender militärischer Nutzung ist eine Beschleunigung der einseitigen Diskussion über die Einrichtung eines Nationalparks nicht zielführend und für die wirtschaftliche Entwicklung der Region kontraproduktiv.

Die Land- und Forstwirtschaft sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum. Gerade Ostwestfalen-Lippe ist eine Region mit starker Holzwirtschaft. Massive Einschränkungen - zum Beispiel für Teile der Forstwirtschaft - würden zu negativen Auswirkungen auf die heimische Holz- und Möbelindustrie führen. Auch der Entzug oder die Nutzungseinschränkung wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen belasten die Wirtschaftskraft der Region. Darüber hinaus könnten negative Auswirkungen allein durch eventuelle Mehreinnahmen aus den Bereichen Fremdenverkehr und Tourismus nicht kompensiert werden.

Für die Zukunft müssen Tourismus und nachhaltige land- und forstwirtschaftliche Nutzung in Einklang gebracht werden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, den Holzzuwachs zu nutzen. Holz ist ein zukunftsfähiger Rohstoff, der im Einklang mit der Natur auch touristisch attraktiv genutzt werden muss, zum Beispiel durch die Erhaltung sinnvoller Naturschutzelemente wie Altholzinseln, Sonderbiotope usw. Im Sinne des aktiven Klimaschutzes ist eine erweiterte Vermarktung des nachwachsenden Rohstoffes Holz als Energieträger und als wertvoller Rohstoff und zur Versorgung der weiterhin wachsenden einheimischen Holzindustrie erforderlich.

Darüber hinaus gelingt die Erhaltung wertvoller Kulturlandschaften nur durch eine Bewirtschaftung von Flächen. Die bisher von den Streitkräften erbrachten Pflegemaßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes müssten bei endgültiger Aufgabe der militärischen Nutzung durch öffentliche Mittel ersetzt werden.

Auf Grund ihrer Komplexität und großen Bedeutung - nicht nur für die Region - muss die Debatte um die Zukunft der Senne auf der Grundlage aller relevanten Fakten zum richtigen Zeitpunkt ergebnisoffen geführt werden.

III. Der Landtag beschließt:

1. Die britischen Streitkräfte sind in Nordrhein-Westfalen willkommen. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Dialog mit den britischen Streitkräften fortzusetzen.
2. Die Landesregierung wird - im Falle des Abzugs der britischen Streitkräfte - aufgefordert, sich beim Bund für eine Weiternutzung der derzeit von den britischen Streitkräften genutzten Flächen durch die Bundeswehr einzusetzen.
3. Der Landtag begrüßt, dass durch die Rahmenvereinbarung zwischen allen Beteiligten die gleichzeitige Sicherstellung der militärischen Nutzung des Geländes im Einklang mit den Interessen des Naturschutzes erreicht worden ist.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Realisierung von Teillösungen zu Gunsten eines nachhaltigen Konzeptes für die gesamte Region zurückzustellen.
5. Der weitere Diskussions- und Entscheidungsprozess muss ergebnisoffen geführt und darf durch die Landesregierung nicht durch Vorfestlegungen beeinflusst werden, die alternative Möglichkeiten ausschließen oder beeinträchtigen.
6. Der Landtag erkennt in der Land- und Forstwirtschaft wichtige wirtschaftliche Stützen der Region und lehnt alle Maßnahmen ab, die zu einer unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Belastung führen werden. Private Flächen sowie Flächen der Kommunen und des Landesverbandes Lippe sind nur über freiwillige Vereinbarungen mit den Betroffenen in Anspruch zu nehmen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen in der Region nicht einzuschränken.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Öffentlichkeit über die verschiedenen Möglichkeiten des Naturschutzes neben der Ausweisung von Nationalparks (Naturparke, Biosphärenreservate, etc.) zu informieren.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, innovative Modelle des Natur-, Landschafts- und Artenschutzes zu entwickeln, der sowohl die Nutzung wirtschaftlich wertvoller Flächen erlaubt als auch die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit ermöglicht.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten, das die zukünftigen Kosten für Einrichtung und Betrieb eines Nationalparks für das Land darstellt.

11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit den Betroffenen über die Perspektiven des Naturschutzes in der Senne in einen Dialog zu treten, um Chancen und Risiken sachlich zu erörtern.

Karl-Josef Laumann
Armin Laschet
Josef Hovenjürgen
Rainer Deppe
Dr. Michael Brinkmeier
Ursula Doppmeier
Maria Westerhorstmann
Hubertus Fehring
Friedhelm Ortgies
Daniel Sieveke

und Fraktion